

Satzung bleibt die alte

IHK Kassel-Marburg vertagte Änderung nach Mammut-Debatte

KASSEL. Die Mitglieder der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg erlebten diese Woche die nächste Runde im Kampf um Macht und Mitbestimmung in der Wirtschaftsvertretung. Und das, nachdem Kai Boeddinghaus und seine Kammer-Kritiker erst Anfang Dezember eine Sitzung des Gremiums gesprengt und so eine Abstimmung verhindert hatten (wir berichteten).

Am Montag stand demnach erneut die vom Präsidium vorbereitete Satzungsänderung auf der Tagesordnung – eine Steilvorlage für die Rebellen, die es mit mehr als 60 Änderungsanträgen schafften, die Auseinandersetzung um die neue Satzung auf mehr als

drei Stunden auszudehnen und die Nerven der anwesenden Ehrenamtlichen sichtlich zu strapazieren. „Ich bin heute für Sie eine Zumutung, aber das ist Demokratie“, gestand selbst Boeddinghaus in seiner mehr als eineinhalbstündigen Antragsbegründung zu.

Das Ergebnis der engagiert geführten Diskussion fiel dann eher unspektakulär aus. Mehrheitlich einigte sich die Vollversammlung darauf, die Satzungsänderung in die neue Wahlperiode zu vertagen. Boeddinghaus und Geschäftsmann Robert Aschoff zogen folgerichtig ihre Änderungsanträge zurück.

Die bestehende Satzung erhält lediglich den Zusatz, dass bei Beschlussunfähigkeit des Gremiums die Vollversamm-

lung nicht mehr nach einer Woche, sondern bereits nach einer 15-minütigen Unterbrechung neu zusammenkommen und beschließen kann.

Für die Kammer-Kritiker ist die Vertagung ein Teil-Erfolg. Sie setzen darauf, ihre Kritikpunkte nach der Kammerwahl im Januar und Februar erfolgreich platzieren zu können. Inhaltlich zielten diese neben zahlreichen kosmetischen Korrekturen vor allem darauf, Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse vom Präsidium in die Vollversammlung zu verlagern. (luk)

Info: Bei drei Gegenstimmen verabschiedete die Vollversammlung mit großer Mehrheit den Haushalt 2019. Er hat ein Volumen von knapp 17 Millionen Euro.

Kommentar

Die Widersprüche der Kritiker

Dass die Strukturen der Wirtschaftskammern, wie sie sich über viele Jahrzehnte entwickeln konnten, reformdürftig sind, steht außer Zweifel. Dementsprechend sind einige Ansätze der Kammer-Kritiker, die zuletzt in Hamburg für ein Erdbeben in der Handelskammer sorgten und sich vor allem in Stuttgart und Kassel lautstark zu Wort melden, durchaus richtig. Doch den Rebellen geht es ja nicht nur um eine Modernisierung von Verfahren oder um die Abschaffung



der Zwangsmitgliedschaft. Sie wollen die Kammern in ihren Grundfesten erschüttern. Das muss wissen, wer die zermürbende Debattenstrategie der Kammer-Rebellen in all ihren Widersprüchen begreifen will. Kai Boeddinghaus und seine Gefolgsleute fordern de-

mokratische Entscheidungsprozesse und Transparenz ein. Sie wollen mehr Macht für die Ehrenamtlichen auf Kosten des Präsidiums. Das klingt gut und mag in Teilen sinnvoll sein. Praktikabel ist es nicht, denn mit mutwillig herbeigeführten endlosen Debatten, mit Sitzungsverzögerungen und Blockaden erreichen die Reformer vor allem eins: Sie verleiden es auch dem letzten Unternehmer, sich ehrenamtlich zu engagieren und ersticken damit jeden Demokratisierungsprozess. luk@hna.de